

AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene.

Karl-Heinz Reuband¹

1. Einleitung

Die Bundesländer unterscheiden sich in ihren Corona-bezogenen Impfquoten. Bremen und Sachsen gelten dabei als Gegensätze: Während Bremen schon früh eine hohe Impfquote erreichte und die Spitzenposition in Deutschland einnahm, zeichnete sich Sachsen von vornherein durch eine besonders niedrige Impfquote aus. Bis heute liegt sie niedriger als in allen anderen Bundesländern. Als Grund für die Höhe der Bremer Impfquote wird üblicherweise eine intensive und organisatorisch geschickte Impfkampagne genannt (vgl. u.a. Wiese 2021). Und als Grund für die niedrige Quote in Sachsen wird angeführt, dass dort die AfD in Wahlen die höchsten Werte unter den Bundesländern auf sich vereinte und dass dies angesichts der Corona-bezogenen Haltung der AfD und ihrer Wähler einen hohen Anteil an Gegnern der Corona-Politik begünstigt (vgl. u.a. Der Spiegel 2021).

So sehr auch diese Erklärungen auf lediglich zweier Bundesländer ausgerichtet sind – sie über Einzelfall-Erklärungen nicht hinauskommen –, so impliziert die ihnen innewohnende Erklärungslogik doch mehr: Wenn unter Verweis auf Bremen – zu Recht oder zu Unrecht² – behauptet wird, deren Impfquote zeige, was mit besonderen Anstrengungen² möglich sei und dass die anderen Bundesländer offensichtlich ihr Impfpotential nicht ausgeschöpft hätten³, wird implizit unterstellt, dass die Länderunterschiede in den Impfquoten eine Folge der jeweiligen Impfkampagnen seien. Ob eine hohe Impfquote erreicht wird oder nicht, ist danach eine Frage des Angebots, nicht der Nachfrage.

Anders die Erklärungslogik, die in Bezug auf Sachsen vorgebracht wird. Hier wird die Nachfrage und nicht das Angebot für die niedrige Impfquote verantwortlich gemacht. Weitergedacht heißt dies: Wären die überproportionalen

¹ Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband ist Professor für Soziologie (em.), Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

² Bremen weist bei Erwachsenen eine Impfquote von über 100 % auf – was de facto nicht möglich ist und damit erklärt wird, dass auch Pendler und Seeleute sich dort impfen lassen können und deren Zahl in die Berechnung der Impfquote eingeht. Damit sind die Bremer Impfquoten in ihrer Aussagekraft etwas eingeschränkt (vgl. Ärzte Zeitung 2022).

³ Dies wurde in den öffentlichen Debatten im Jahr 2021 vor allem von Politikern der FDP (vor Eintritt in die Ampelregierung) wiederholt als Argument vorgebracht, um ihre Ablehnung restriktiver Corona-Maßnahmen und einer allgemeinen Impfpflicht zu begründen.

AfD-Wahlerfolge für die überproportional niedrige Impfquote in Sachsen ursächlich, müssten nicht nur in Sachsen, sondern in allen Bundesländern, in denen die AfD überproportional erfolgreich war, die Impfquote überproportional niedrig sein. Und wenn es stimmt, dass die Wahlerfolge der AfD in einer Region Symptom sind für eine dort überproportional verbreitete Ablehnung der Corona-Maßnahmen – wofür es empirische Indizien gibt (Reuband 2021a, b) –, müssten niedrige Impfquoten nicht nur in Bundesländern mit hohen AfD-Wahlerfolgen verbreitet sein, sondern generell in Bundesländern, in denen die Corona-Maßnahmen überproportional häufig abgelehnt werden. Träfe dies zu, müssten die Corona-bezogenen Einstellungen über Sachsen hinaus für die Impfquoten der ostdeutschen Bundesländer Geltung haben (die sich im Vergleich zum Westen durch hohe AfD-Wähleranteile auszeichnen). Und sie müssten es ebenso haben für die Impfquoten der westdeutschen Bundesländer.

2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Im Folgenden soll die Frage aufgegriffen werden, inwieweit die Corona-bezogenen Einstellungen in der Bevölkerung und die AfD-Präferenzen die Corona-Impfquoten der unterschiedlichen Bundesländer zu erklären vermögen. Und es soll untersucht werden, wie sehr sich die Beurteilung der Corona-Maßnahmen und das Corona-bezogene Verschwörungsdenken auf die Beurteilung von Corona-Protesten und auf die Verbreitung der Proteste auswirken. Von besonderem Interesse ist, welche Bundesländer dabei herausragen: ob Sachsen tatsächlich der Ort ist, wie des Öfteren vermutet, wo sich die Proteste in besonderem Maße konzentrieren. Oder ob dies ein bloßer Trugschluss ist, weil Sachsen das ostdeutsche Bundesland mit der größten Einwohnerzahl ist und allein deshalb die Wahrscheinlichkeit größer ist als anderswo, dass hinreichend viele Menschen zum Protest mobilisiert werden können.

Bei der Bestimmung der Impfquoten machen wir von den Angaben des Robert Koch-Instituts zur Zahl der vollständigen Impfungen Gebrauch.⁴ Die Statistiken sind zwar nicht ohne Messfehler – aufgrund partiell fehlender Meldungen von Seiten der Arztpraxen und der Betriebsärzte (vgl. Robert Koch-Institut 2021) –, aber die Stellung der Bundesländer zueinander dürfte davon nicht grundlegend betroffen sein.⁵ Die Berechnung der Impfquote stützt sich auf die Zahl der im

⁴ Dies beinhaltet in der Regel eine zweifache oder dreifache („Booster“) Impfung. Beim Impfstoff Johnson & Johnson ging man zunächst davon aus, dass eine Impfung genügt, um einen vollständigen Impfschutz zu erlauben. Inzwischen wird in den Statistiken des Robert Koch-Instituts nicht mehr von einer vollständigen Impfung gesprochen, sondern von einer „Grundimmunisierung“. Zu den Zahlen vgl. Robert Koch-Institut (2022)

⁵ Umfragen in der Bevölkerung helfen nur begrenzt zur Bestimmung der „wahren“ Impfquote weiter. Sie erbringen höhere Zahlen als die offiziellen Impfquoten, was vor allem eine Folge sozialer Erwünschtheitseffekte bei der Beantwortung der Impf-Fragen sein dürfte (vgl. auch Wolter et

jeweiligen Bundesland geimpften Personen relativ zur Bevölkerungszahl als Ganzes. Würde man sich auf die erwachsene Bevölkerung beziehen – die bis vor nicht allzu langer Zeit als einzige geimpft wurde, weil für Kinder und Jugendliche entweder kein Impfstoff vorlag oder eine Impfung für sie (noch) nicht empfohlen wurde – würde die Impfquote zwar höher liegen, die grundlegenden Relationen zwischen den Bundesländern aber würden davon nicht berührt werden.⁶

Zur Erfassung der Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen und zur Beurteilung des Corona-Protests greifen wir auf bundesweite Umfragen aus den Jahren 2020 und 2021 zurück. Zum Teil sind die Angaben dazu in den dazugehörigen Publikationen enthalten⁷, zum Teil wurden sie von uns unter Rückgriff auf die derzeit im GESIS-Datenarchiv verfügbaren Datensätze im Rahmen einer Sekundäranalyse gewonnen.⁸ Um auf der Ebene der einzelnen Bundesländer über hinreichende Befragtenzahlen zu verfügen, wurden Umfragen mit größerer Befragtenzahl bevorzugt in die Bestandsaufnahme einbezogen oder Umfragen verwendet, die zwar niedrige Befragtenzahlen aufweisen, aber mit identischer Frageformulierung und Methodologie wiederholt durchgeführt wurden und so eine Kumulation der Datensätze ermöglichen. Für mehrere Analysen können wir dadurch auf mehr als 30.000 Befragte zurückgreifen (darunter mehr als 1.000 Befragte aus Sachsen). Wo die Frageformulierungen der Erhebungen differieren und sich die Befragtenzahlen eher im niedrigen Bereich (1.000 bis 2.000 Befragte) bewegen und kein Rückgriff auf den Datensatz selbst möglich ist, mitteln wir die (publizierten) Angaben aus den verschiedenen Erhebungen und überführen sie in einen Index. Die fallzahl-, stichprobenbedingten und indikator-

al. 2021). Bei Bundesländervergleichen besteht zudem das Problem, dass Länder mit geringer Einwohnerzahl – wie Bremen, Hamburg, Berlin oder das Saarland – in der Regel nur mit niedrigen Befragtenzahlen vertreten sind und stichprobenbedingte Messfehler bei ihnen daher verstärkt anfallen. Würde man die offizielle Impfquote mit der zeitgleichen Impfquote aus bundesweiten Umfragen (infas 2021) auf Bundesländerebene miteinander korrelieren, ergibt sich nicht zuletzt wohl auch deshalb – eigenen Analysen zufolge – ein enger, aber keineswegs perfekter Zusammenhang. Die höchste Zahl an expliziten Impferweigerern lag einer infas-Umfrage vom Juli 2021 zufolge (11.415 Befragte) in Sachsen mit einem Anteil von 18,6 % am höchsten (infas 2021: 2) (vom Saarland als Ausnahmefall abgesehen: die Fallzahlen dürften hier für Verallgemeinerungen zu gering sein). In einer Online-Umfrage, die wenige Monate später im September 2021 von einem anderen Institut durchgeführt wurde (2.826 Befragte), lag die Zahl der expliziten Impferweigerer hingegen in Sachsen-Anhalt am höchsten (mit 27,4 %), Sachsen folgte erst an zweiter Stelle (mit 23,5 %) (Grohe et al. 2022: 2). Inwieweit die Unterschiede zwischen den Erhebungen zeit-, fallzahl- oder anderen erhebungsbedingten Gründen geschuldet sind, ist eine offene Frage.

⁶ Sachsen würde auch dann noch die niedrigste Impfquote aufweisen, wenn man sich auf die Bevölkerung ab 18 Jahren bezöge.

⁷ Aufgliederungen nach Bundesland sind in den meisten Publikationen zu dem Thema nicht üblich. Daher gibt es insgesamt mehr Studien mit Fragen zu den hier angesprochenen Themen als Zahlen, die für unsere Zwecke verwertbar sind.

⁸ Zu den verwendeten Studien mit hinreichender Fallzahl siehe die Anmerkungen zu *Tabelle 2*. Umfragedaten aus jüngerer Zeit (2021, 2022) waren in der Regel noch nicht im Datenarchiv für Sekundäranalysen verfügbar.

spezifischen Messfehler werden dadurch minimiert. Durch diese Art der „Kumulation“ wird die Befragtenbasis von Erhebungen, die lediglich 1.000 bis 2.000 Personen umfassen, quasi auf 3.000 oder mehr Personen erhöht – hinreichend groß, um die meisten Bundesländer zufriedenstellend abbilden zu können.

Für die Teilnehmerzahlen an den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen stützen wir uns auf die Angaben von Polizei und Innenbehörden der Länder zu Protesten, die an Montagen (dem Tag mit den meisten Protesten in der Woche) im Januar/Februar 2022 stattfanden.⁹ Die Angaben basieren auf groben Schätzungen, die bei Kundgebungen jeweils von der Polizei vor Ort gemacht wurden.¹⁰ Besonders bei den nicht-stationären Protesten in Form von „Spaziergängen“¹¹ dürften derartige Schätzungen schwer durchzuführen sein und mit einer höheren Fehleranfälligkeit einhergehen. Wenn man die Werte als Näherungswerte betrachtet und davon ausgeht, dass sie in den Bundesländern in annähernd vergleichbarer Weise erstellt werden¹², sind Vergleiche über die Zeit und von Bundesland zu Bundesland gleichwohl möglich. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl des jeweiligen Bundeslandes kann man ermessen, in welchen Ländern der Protest überproportional und in welchen er unterproportional verbreitet ist.

⁹ Zu diesem Zweck haben wir eigens die Innenministerien der Länder angeschrieben und um Angaben für von uns vorgegebene Tage im Januar/Februar gebeten. Über die Teilnehmerzahlen an diesen Tagen wurden gelegentlich auch in den Medien – so etwa in der „Berliner Zeitung“ (2022) – berichtet, in der Regel unter Verweis auf Polizeiangaben. Es handelt sich um Angaben, die entweder noch am Abend der Kundgebungen oder am nächsten Tag von der Polizeipressestelle an die Medien gegeben wurden – was verzögert gemeldete Zahlen an die überlokalen Polizeibehörden naturgemäß ausschließt. Um einen vollständigeren Überblick zu erhalten, baten wir die Innenministerien mehrere Wochen *nach* den Kundgebungen um die Angaben. Die in unserer Übersicht enthaltenen Zahlen weichen daher in Einzelfällen etwas von den Zahlen ab, über die in den Medien berichtet wurde, und die sich in der Regel auf Ereignisse des Vortages beziehen.

¹⁰ Ob die Polizeizahlen eine Über- oder Unterschätzung darstellen, ist eine offene Frage. Früheren Studien zufolge kommt beides vor. Zu den methodischen Problemen der Schätzung von Menschenansammlungen vgl. am Beispiel PEGIDA Berger et al. (2016).

¹¹ Bei den „Spaziergängen“ werden keine Banner, Plakate oder sonstige Insignien des Protests getragen. Dadurch soll vermieden werden, dass dem Ereignis der rechtliche Charakter einer „Versammlung“ zukommt. Die „Spaziergänge“ gewannen in der Zeit der Corona-Proteste an Bedeutung, als die zulässige Zahl der Teilnehmer an Versammlungen seitens der Ordnungsbehörden erheblich eingeschränkt wurde oder andere Auflagen die Protestmöglichkeiten reduzierten.

¹² Aus Bayern heißt es, dass keine grundsätzliche Meldepflicht für alle Versammlungen gegen die Corona-Maßnahmen besteht. Dem Innenministerium würden in der Regel nur Versammlungen mit einer größeren Teilnehmerzahl bzw. konkreten Störungen gemeldet (Auskunft des Innenministeriums an den Verfasser). In welchem Umfang dadurch Versammlungen nicht erfasst sind, ist eine offene Frage. In Sachsen und den anderen Bundesländern werden Versammlungen, die der Polizei bekannt werden (laut Auskunft an den Verfasser), in den Statistiken erfasst. Dies schließt Versammlungen mit kleinerer Teilnehmerzahl ein. Alles in allem dürften sich die Verzerrungen in den Statistiken, die sich aus fehlenden Meldungen von Protesten oder fehlender Kenntnisnahme ergeben (z.B. auch im Fall unangemeldeter Proteste in kleinen Orten ohne eigene Polizeidienststelle) in Grenzen halten.

3. Entwicklung der Impfquoten, AfD-Wähleranteile und Corona-bezogene Einstellungen

Wie stellt sich die Verteilung der Impfquoten und deren Entwicklung dar? In *Tabelle 1* ist der Anteil vollständig Geimpfter, aufgegliedert nach den Bundesländern, für ausgewählte Zeitpunkte dargestellt. Wie man ihr entnehmen kann, hat sich nahezu überall parallel zu den laufenden Impfkampagnen und den Impfmöglichkeiten die Impfquote in der Bevölkerung erhöht. Bremen und Sachsen repräsentieren dabei die Gegenpole: In Bremen ist bereits im Juli 2021 die Impfquote bundesweit die höchste, in Sachsen ist sie die niedrigste. Daran hat sich auch in der Folgezeit nichts geändert. Das Impfniveau hat sich lediglich allgemein, in allen Bundesländern, erhöht. Ende Juli 2021 lag die Quote in Bremen bei 51,8 %, in Sachsen bei 42,9 %. Ende November 2021 war sie in Bremen auf 80,0 % angestiegen, in Sachsen auf 58,0 %. Und im Januar 2022 erreichte sie in Sachsen einen Anteil von 62,1 %, während sie sich in Bremen bereits auf einen Anteil von 85,8 % belief. Die Einführung des neuen Impfstoffes Novavax im Februar 2022 – der wie die meisten herkömmlichen Impfstoffe ein Totimpfstoff (und kein mRNA- oder Vektorimpfstoff) ist – hat an der Sonderstellung Sachsens nichts geändert. Die Impflücke, die man zu schließen hoffte, hat sich nicht geschlossen. Die verhaltene Nachfrage legt nahe, dass sich viele Menschen generell nicht gegen Corona impfen lassen wollen. Sie hätten – wie Kritiker meinen – das Warten auf einen proteinbasierten Impfstoff lediglich als Ausrede genutzt (MDR 2022b).

Tabelle 1: Corona-Impfquoten nach Bundesland im Zeitvergleich (in %)

	20.07. 2021	06.08. 2021	26.11. 2021	21.01. 2022	04.03. 2022
Schleswig-Holstein	48,7	57,5	72,6	77,7	80,3
Hamburg	44,3	51,5	74,0	78,6	82,3
Bremen	51,8	63,7	80,0	85,8	88,6
Niedersachsen	45,0	54,2	70,1	74,7	77,2
Nordrhein-Westfalen	49,0	55,8	71,6	76,2	78,5
Rheinland Pfalz	46,4	54,7	68,0	72,4	74,7
Hessen	45,7	52,9	67,4	71,8	74,1
Saarland	50,3	58,2	74,8	79,4	81,8
Baden-Württemberg	46,3	54,9	66,4	71,6	73,8
Bayern	44,1	52,1	66,5	72,1	74,4
Berlin	45,8	53,0	68,9	74,1	76,6
Mecklenburg-Vorpommern	47,4	54,0	66,7	71,8	73,9
Brandenburg	42,9	50,4	61,9	66,6	68,7
Sachsen-Anhalt	44,6	52,2	64,0	70,2	72,7
Sachsen	42,9	48,4	58,0	62,1	64,1
Thüringen	45,2	52,5	62,3	67,5	69,8

Anteil der vollständig (grundimmunisiert) Geimpften

Quelle: Robert Koch-Institut; verschiedene Veröffentlichungen

Der näheren Betrachtung der Impfquoten lässt sich entnehmen, dass sich – von Bremen und Sachsen als Gegenpole abgesehen – nicht nur die ostdeutschen Bundesländer, sondern ebenso die westdeutschen Bundesländer untereinander unterscheiden. Ende November 2021 wies z.B. Thüringen (62,3 %) einen geringeren Anteil auf als Mecklenburg-Vorpommern (66,7 %). Und in Westdeutschland zeichneten sich Baden-Württemberg (66,4 %) und Bayern (66,5 %) durch einen geringeren Anteil aus als Hessen (74,0 %) oder Nordrhein-Westfalen (71,7 %). Aber bedeuten diese Unterschiede – zusammen mit den Befunden von Bremen und Sachsen – tatsächlich Unterschiede in den Einstellungen zu den Corona-bezogenen Maßnahmen? Spiegeln sich in den Impfquoten gesellschaftspolitische und Corona-bezogene Einstellungen der Bevölkerung wieder? Gehen auf Bundesländerebene unterschiedlich hohe AfD-Wähleranteile mit unterschiedlich hohen Impfquoten einher?

Tabelle 2: AfD-Zweitstimmenanteil in der Bundestagswahl 2021, Kritik an den Maßnahmen der Corona-Bekämpfung und Verschwörungsdenken nach Bundesland 2020/2021 (in %)

	AfD		Kritik an Maßnahmen		Verschwörungsdenken		
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Schleswig-Holstein	6,8	16,0	9,6	15,7	10,3	9,0	4,0
Hamburg	5,0	15,0	11,4	18,0	7,0	9,0	3,0
Bremen	6,9	14,0	9,7	17,6	15,5	9,0	7,0
Niedersachsen	7,4	16,0	10,3	18,6	16,0	6,0	8,0
Nordrhein-Westfalen	7,3	13,0	10,3	18,0	11,9	6,0	2,0
Rheinland Pfalz	9,2	17,0	11,9	21,1	11,0	4,0	5,0
Hessen	8,8	14,0	14,3	19,7	15,0	12,0	8,0
Saarland	10,0	17,0	11,4	15,3	12,0	4,0	7,0
Baden-Württemberg	9,6	18,0	14,8	24,4	20,0	12,0	7,0
Bayern	9,0	18,0	13,6	27,0	9,8	8,0	7,0
Berlin	8,4	15,0	9,9	21,1	11,6	12,0	6,0
Meckl.-Vorpommern	18,0	21,0	16,7	26,2	14,0	9,0	9,0
Brandenburg	18,1	20,0	13,9	26,7	16,0	10,0	8,0
Sachsen-Anhalt	19,6	21,0	14,8	31,5	21,7	16,0	9,0
Sachsen	24,6	25,0	16,7	28,5	22,6	28,0	14,0
Thüringen	24,0	18,0	17,4	28,3	26,3	10,0	7,0

(1) AfD: Zweitstimmenanteil in der Bundestagswahl 2021; Quelle: URL: bundeswahlleiter.de

(2) Maßnahmen „zu streng“; Quelle: ifo Institut und forsa (2020: 23); Basis: forsa omninet- (Online)Panel; Bevölkerung ab 18 Jahre, Erhebung vom 08.06. bis 20.06. 2020, N= 30.068 Befragte; Frageformulierung „Die im März von der Politik beschlossenen Maßnahmen waren zu streng – gerade richtig – hätten strenger sein müssen“ (an 100 % fehlende Angaben= weiß nicht“).

(3) Maßnahmen „übertrieben“; Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 2020; GESIS ZA7753, eigene Auswertungen, gewichtet; Basis: Telefonbefragungen, Bevölkerung ab 18 Jahren, kumulierte Datenbasis auf der Basis der Umfragen von Februar, März, August, September, Oktober, November, Dezember 2020, N= 13.695 Befragte (davon 1.308 aus Sachsen); Frageformulierung: „Was meinen Sie zu den jetzt geltenden Corona-Maßnahmen. Finden Sie diese Maßnahmen alles in allem übertrieben – müssten die Maßnahmen härter ausfallen – sind die so gerade richtig?“ („Weiß nicht“ und „keine Angaben“ aus Berechnung ausgeklammert).

(4) Maßnahmen „gehen zu weit“; *Quelle*: forsa, Trendfragen Corona (Umfragen für das Bundespresse- und Informationsamt), GESIS ZA7651-7793, eigene Auswertungen, gewichtet; *Basis*: Telefonbefragungen, Bevölkerung ab 18 Jahren, kumulierte Datenbasis auf der Basis von 72 Umfragen von März 2020 bis Juli 2021; N= 33.109 Befragte (davon 1.609 aus Sachsen); *Frageformulierung*: „Wie schätzen Sie die aktuellen politischen Maßnahmen ein, um das Corona-Virus einzudämmen. Sind diese getroffenen Maßnahmen Ihrer Meinung nach angemessen – gehen sie zu weit – oder gehen sie nicht weit genug?“ („Weiß nicht“ und „keine Angaben“ aus Berechnung ausgeklammert).

(5) *Glaube an Corona-Pandemie als Schwindel* (2020); *Quelle*: Spöri und Eichhorn (2021a: 10); *Basis*: Bevölkerung ab 18 Jahren. Online-Befragung, Erhebung 24.04. bis 07.05.2020; N= 2.009 Befragte; *Frageformulierung*: „Die sozialen Medien sind voll von Geschichten, die behaupten, die Corona-Pandemie sei ein einziger Schwindel und die Schutzmaßnahmen eine hysterische Überreaktion. Glauben Sie solchen Geschichten?“

(6) *Glaube an Corona-Pandemie als Schwindel* (2021); *Quelle*: Spöri und Eichhorn (2021b: 15); *Basis*: Bevölkerung ab 18 Jahren. Online-Befragung, Teilnehmer eines Panels (= Befragte der Erhebung von 2020), Erhebung vom 15.02. bis 16. 03. 2021, N=1.220 Befragte; *Frageformulierung*: wie in (5).

(7) *Fehlender Glaube an Corona-Krise*; *Quelle*: Hörter (2020: 18); *Basis*: Bevölkerung der Bundesrepublik ab 18 Jahren. Online-Befragung. Erhebung vom 16.09. bis 24.09.2020 (N=3.200 Befragte; 200 Interviews pro Bundesland); *Frageformulierung*: „Eine Krise gibt es doch aktuell nicht. Da wird viel dramatisiert und das dauernde Sprechen über die Krise ist überzogen“ (hier: Zustimmung). Die Frage wurde gestellt nach einer Einleitung, in welcher der Corona-Bezug hergestellt wurde („Im Folgenden stellen wir Ihnen einige Fragen zur Corona-Krise und zu den Auswirkungen auf Ihr persönliches und auf das gesellschaftliche Leben. Wenn im Folgenden von Krise die Rede ist, dann sind damit alle Veränderungen gemeint, die durch den Ausbruch des Corona-Virus Anfang 2020 ausgelöst wurden“).

Wie man *Tabelle 2* entnehmen kann, unterscheiden sich die Länder z.T. erheblich im AfD-Wähleranteil. So errang in der Bundestagswahl 2021 die AfD in Sachsen 25,7 % der Zweitstimmen, in Thüringen 23,7 %, in Sachsen-Anhalt 20,2 %, in Mecklenburg-Vorpommern 18,5 % und in Brandenburg 18,3 %. In den westdeutschen Bundesländern lag der Zweitstimmenanteil demgegenüber nahezu durchgängig im einstelligen Bereich, in Hamburg z.B. bei 5,0 %, in Bremen bei 6,9 %, in Nordrhein-Westfalen bei 7,3 %. In manchen westdeutschen Ländern – wie Baden-Württemberg – wurde allerdings die 10 %-Marke mit 9,6 % nur knapp verfehlt, im Saarland wurde sie gar erreicht.¹³

Wie stellt sich im Vergleich dazu die Verbreitung Corona-bezogener Einstellungen dar? Ein Indikator für Corona-bezogene Einstellungen ist das Urteil über die Angemessenheit der staatlichen Maßnahmen beim Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus. Den Umfragen, die dazu Fragen enthalten und hier in die nähere Betrachtung einbezogen werden, ist gemeinsam, dass sie zwischen dem Wunsch nach Verschärfung, der Akzeptanz und dem Wunsch nach Erleichterung der Maßnahmen unterscheiden. In den Frageformulierungen differieren sie geringfügig. Das betrifft zum einen den Zeitbezug: Mal ist die Rede

¹³ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass Baden-Württemberg in den späten 1960er Jahren das Bundesland war, wo die NPD überproportional hohe Stimmenanteile für sich verbuchen konnte (vgl. u.a. Klingemann 1971; Wagner 1997). Insofern ist es denkbar, dass es hier – womöglich auf regionaler Ebene – (trotz eines derzeit „grünen“ Ministerpräsidenten) gewisse Kontinuitäten im Anteil rechtspopulistisch und rechtsextrem Gesinnter gibt.

von den „jetzt geltenden Maßnahmen“, mal ist die Rede von einigen Monaten zuvor beschlossenen Maßnahmen („Die im März beschlossenen Maßnahmen ...“, so in einer Umfrage vom Juni 2020). Letzteres schließt zwar die jetzigen Maßnahmen mit ein, aber ebenso die Maßnahmen, die vor längerer Zeit ergriffen, aber womöglich in der Zwischenzeit wieder aufgehoben wurden. Zum anderen differiert die Benennung der verfügbaren Antwortalternativen. Die Ablehnung der Maßnahmen wird mit dem Ausdruck „gehen zu weit“, sind „übertrieben“ oder „zu streng“ bezeichnet. Das sind auf den ersten Blick triviale Differenzen, aber auch trivial erscheinende Differenzen können – wie man aus Untersuchungen zu anderen Themen weiß – mitunter größere Wirkungen auf die Antwortverteilung haben.¹⁴

Wie man *Tabelle 2* entnehmen kann, werden in allen Bundesländern die Corona-bezogenen Maßnahmen durch die Bevölkerung mehrheitlich gebilligt, nur ein kleiner Anteil hält sie für zu streng. Am häufigsten findet man eine Ablehnung in den Umfragen, in denen davon die Rede ist, die Maßnahmen würden „zu weit“ gehen (Spalte 4). Am seltensten findet man sie, wo die Rede davon ist, die Maßnahmen wären „übertrieben“ (Spalte 3). Inwieweit Unterschiede im Sprachgebrauch, im Geschehen zum Zeitpunkt der Erhebungen oder andere Gründe für die Unterschiede in den Antwortmustern verantwortlich sind¹⁵, muss an dieser Stelle ungeklärt bleiben.

Entscheidender ist hier die Stellung der Bundesländer zueinander: Der Befund, dass die Corona-bezogenen Maßnahmen zum Zeitpunkt der Erhebungen in der Regel in den östlichen Bundesländern etwas kritischer beurteilt werden als in den westlichen. Und dass Sachsen hierbei eine herausgehobene Stellung innehat – sei es, dass es unter den Kritikern an erster oder an zweiter Stelle steht.¹⁶

¹⁴ Mitunter könnten leichte Unterschiede im Sprachgebrauch größere Unterschiede im Antwortverhalten bewirken, z.B., wenn anstelle des Begriffes „nicht erlauben“ der Begriff „verbieten“ verwendet wird (vgl. Reuband 2003). Im Fall der hier verwendeten Begrifflichkeiten halten wir einen solchen Effekt für eher unwahrscheinlich. Dass die Differenzen darauf zurückgeführt werden können, dass die telefonischen Erhebungen von unterschiedlichen Instituten durchgeführt wurden, halten wir ebenfalls für unwahrscheinlich. Womöglich spielen Unterschiede in den Feldzeiten der Erhebung eine größere Rolle.

¹⁵ Bei der Formulierung „gehen zu weit“ handelt es sich – im Gegensatz etwa zu „übertrieben“ oder „zu streng“ – um eine relativ weiche Formulierung. Mancher Befragter mag die Art und Breite der Maßnahmen kritisieren, sie aber nicht notwendigerweise als „zu streng“ verstehen. Deshalb liegt der Anteil derer, welche die Maßnahmen für übertrieben halten, wohl auch etwas höher als der Anteil derer, welche die Maßnahmen für „zu streng“ halten. Auf das spezifische Profil der Bundesländer dürfte dies jedoch keine Auswirkungen haben.

¹⁶ In Spalte 2 der *Tabelle 2* weist Sachsen in den östlichen Bundesländern den höchsten Wert auf im Urteil, die Maßnahmen seien zu „streng“ (Erhebung im Juni 2020). In Spalte 3 steht Sachsen zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern an zweiter Stelle der Kritiker – nach Thüringen – im Urteil, die Maßnahmen seien „übertrieben“ (Erhebungen Februar bis Dezember 2020). Und in Spalte 4 (Maßnahmen „gehen zu weit“) rangiert Sachsen an zweiter Stelle der Kritiker, nach Sachsen-Anhalt (Erhebungen: März 2020 bis Juli 2021).

In den westdeutschen Bundesländern wurden in der gleichen Zeit in Baden-Württemberg und in Bayern die Maßnahmen überproportional oft abgelehnt. Die drei Indikatoren zur Beurteilung der Maßnahmen korrelieren auf Bundesländerebene eng miteinander, mit Werten zwischen $r = .74$ und $r = .82$ (jeweils $p < 0,001$). Man kann sie als Bestandteil eines gemeinsamen Konstrukts ansehen.

In Bezug auf die Verbreitung des Verschwörungsdenkens (*Tabelle 2*, Spalten 5-7), bieten drei Erhebungen Informationen. Die Formulierungen unterscheiden sich etwas in ihren Akzentuierungen und Dimensionen, die sie ansprechen. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie Zweifel an der Corona-Bedrohungslage äußern bis hin zur Infragestellung des Virus selbst.¹⁷ In der mildesten Form ist die Rede davon, dass es eine Corona-Krise „aktuell nicht gebe“ und dass das „dauernde Sprechen“ darüber „überzogen“ sei. Einem klassischen Denken in Verschwörungskategorien entspricht dies nicht: Weder wird die Existenz des Virus explizit in Frage gestellt (lediglich die „Krise“), noch den politischen oder gesellschaftlichen Eliten eine Verschwörung zugeschrieben. Was sich in den zustimmenden Antworten auf die Aussage niederschlägt, ist eher eine Trivialisierung der Corona-Bedrohung. Gleichwohl: Trivialisierungen von Bedrohungen, welche der Staat zum Thema macht und auf die er reagiert, können ein Bestandteil von Verschwörungsdenken sein. Angesichts dessen kann man die Frage als einen „weichen“ Indikator für Verschwörungsdenken im erweiterten Sinne ansehen.

Eindeutiger vom Inhalt her sind die Aussagen, dass die Corona-Pandemie ein „einziger Schwindel“ und die Schutzmaßnahmen eine „hysterische Überreaktion“ seien (*Tabelle 2*, Spalten 6 und 7). Wer dem zustimmt, dürfte stärker einem Verschwörungsdenken zuneigen. Korreliert man die Trivialisierungsaussage mit diesem „härteren“ Indikator, ergibt sich auf Bundesländerebene in der Tat ein statistisch signifikanter Zusammenhang ($r = .64$ bzw. $r = .73$, jeweils $p < 0,01$), was nahelegt, dass die beiden Statements, so unterschiedlich sie im Einzelnen auch formuliert sind, als Bestandteil eines gemeinsamen Konstrukts angesehen werden können.

Die Frage, die sich der „härteren“ Formulierung zur Messung des Verschwörungsdenkens bedient, wurde erstmals 2020 in einer bundesweiten Umfrage eingesetzt. Die Folgerhebung mit der gleichen Frage – auf der ersten Erhebung als Panel aufbauend¹⁸ – stammt aus dem Jahr 2021. In der ersten Erhebung (Spalte 5) weist Thüringen den höchsten Wert für das Verschwörungsdenken

¹⁷ Wir können uns an dieser Stelle nur auf die Erhebungen beziehen, zu denen entsprechende Angaben in Publikationen ausgewiesen sind oder ein Zugriff auf den Datensatz für eine Sekundäranalyse möglich ist. Dass es noch andere Erhebungen gibt mit Informationen zum Verschwörungsdenken, ist damit nicht ausgeschlossen.

¹⁸ 2021 wurden in der Erhebung zwei weitere Statements zum Verschwörungsdenken verwendet, die in den Vergleich jedoch nicht eingehen. Der Vergleich stützt sich auf das Statement, das erstmals 2020 eingesetzt wurde. Die Zahl der Befragten reduzierte sich im Panel auf 1.120.

auf, gefolgt von Sachsen. In der zweiten Erhebung (Spalte 6) sind die Zustimmungswerte zum Verschwörungsdenken in allen Bundesländern zurückgegangen, nur in Sachsen sind sie leicht gestiegen. Dadurch rückt Sachsen auf den ersten Platz auf. Thüringen kommt auf den zweiten Platz.

Als drittes steht eine Erhebung zur Verfügung, in der formuliert wird, dass das „dauernde Reden“ über die Corona-Krise „überzogen“ sei (Spalte 7). Ihr zufolge nimmt Sachsen unter den Bundesländern eine weitaus stärker ausgeprägte Spitzenposition ein als dies bei den vorhergehenden Vergleichen der Fall war. Zweifellos ist die Corona-Bedrohungslage zu der Zeit dieser Erhebung in Sachsen nicht sonderlich ausgeprägt¹⁹ – aber der Inzidenzwert ist im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Ländern andererseits nicht so niedrig, um die Extremposition Sachsens bei dieser Frage plausibel erscheinen zu lassen. Der Befund legt nahe – methodische Störgrößen als denkbare Einflussfaktoren ausgeklammert²⁰ –, dass die Neigung zum Verschwörungsdenken in Sachsen doch wohl etwas stärker als in den anderen Bundesländern ausgeprägt sein dürfte.

Mittelt man die Ergebnisse zum Verschwörungsdenken einerseits und zur Beurteilung der Maßnahmen gegen Corona als zu streng/zu übertrieben/zu weitgehend andererseits²¹, so ergeben sich zwei Indices, die mit etwas unterschiedlichen Akzenten das Ausmaß an Corona-Skepsis erfassen. Sie korrelieren auf der Bundesländerebene eng miteinander mit $r = .76$ ($p < 0,001$). Und sie korrelieren mit dem AfD-Wähleranteil: in Bezug auf die Beurteilung der Maßnahmen ergibt sich ein $r = .89$ ($p < 0,001$) und in Bezug auf das Verschwörungsdenken ein $r = .80$ ($p < 0,001$).²² Der Zusammenhang mit dem AfD-Wähleranteil ist maßgeblich eine Folge des Ost-West-Unterschieds – der Ostern ist skeptischer gegenüber den Corona-Maßnahmen und er wählt eher AfD als der Westen. Aber wie Un-

¹⁹ Während der Inzidenzwert Ende September (20.09. 2021) bundesweit bei 12,9 lag, belief er sich in Sachsen auf 6,2, in Sachsen-Anhalt auf 3,9 und Brandenburg gar auf 2,8 (Robert Koch-Institut 2020).

²⁰ Die Erhebung stützt sich auf 200 Befragte pro Bundesland und beruht auf einer Online-Befragung. In der Kombination von relativ geringer Fallzahl und Online-Befragungsmodus sind stichprobenbedingte Verzerrungen nicht ausgeschlossen.

²¹ Dies geschieht nicht nur, um etwaige idiosynkratische Befunde auf der Ebene der einzelnen Indikatoren zu auszugleichen, sondern ebenfalls um die zeitbezogenen Komponenten der jeweiligen Messungen zu glätten: Auch wenn manche Erhebungen sich über einen langen Zeitraum hinweg erstrecken, gibt es doch ebenso welche, deren Feldphase sich auf einen relativ engen Zeitraum beschränkt. Sollten zu dieser Zeit besondere Maßnahmen gegolten haben, z.B. in Form von Varianten des Lockdowns, hätte dies für die Antworten – so zur Angemessenheit der Maßnahmen – potentiell Konsequenzen.

²² Ein enger Zusammenhang ergibt sich ebenfalls, wenn man die einzelnen Indikatoren anstelle des Index in der Analyse verwendet. Die Trivialisierungsaussage („dauerhaftes Sprechen überzogen“) korreliert z.B. mit der AfD-Wahl $r = .71$ ($p < 0,01$), und das expliziter dem Verschwörungsdenken nahestehende Statement („Schwindel“) korreliert damit im Jahr 2020 $r = .79$ ($p < 0,001$) und im Jahr 2021 $r = .61$ ($p < 0,05$).

tersuchungen auf einer regional differenzierteren, kleinräumigeren Ebene gezeigt haben, besteht ein vergleichbarer Zusammenhang auch dann, wenn man sich auf Ostdeutschland – in diesem Fall auf die kreisfreien Städte und Landkreise in Sachsen – bezieht (Reuband 2021b: 208). Dies legt einen generelleren Zusammenhang nahe, der über den bloßen Ost-West-Unterschied hinausreicht.

Tabelle 3: Durchschnittliche Werte für die kritische Beurteilung der Corona-bezogenen Maßnahmen (Index 1), für das Verschwörungsdenken (Index 2) sowie Beurteilung der Corona-Proteste als „gut“ (in %)

	Index 1	Index 2	Protest
Schleswig-Holstein	13,7	7,8	8,8
Hamburg	14,8	6,3	7,0
Bremen	13,8	10,5	17,9
Niedersachsen	15,0	10,0	11,2
Nordrhein-Westfalen	13,7	6,6	12,0
Rheinland Pfalz	16,7	6,7	11,9
Hessen	14,8	6,3	16,0
Saarland	14,6	7,7	17,1
Baden-Württemberg	19,1	13,0	17,5
Bayern	19,5	8,3	15,1
Berlin	15,3	9,9	15,5
Mecklenburg-Vorpommern	21,3	10,7	19,6
Brandenburg	20,2	11,3	14,3
Sachsen-Anhalt	22,4	15,6	19,9
Sachsen	23,4	21,5	20,6
Thüringen	21,2	14,4	18,4

Index 1: Corona-Maßnahmen. Durchschnittlicher Wert für die kritische Beurteilung der Corona-bezogenen Maßnahmen als „zu weitgehend/übertrieben/zue streng“ (Spalten 1-3 in *Tabelle 2*)

Index 2: Verschwörungsdenken. Durchschnittlicher Wert für Verschwörungsdenken (Spalten 4-6 in *Tabelle 2*)

Protest - Bewertung des Corona-Protests als „gut“. Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 2020; GESIS ZA7753; eigene Auswertungen, gewichtet; *Basis:* Telefonbefragungen, Bevölkerung ab 18 Jahren, kumulierte Datenbasis auf der Basis der Umfragen von März, April, September, November 2020, N=5.987 Befragte (davon 562 aus Sachsen); *Frageformulierung:* „Zur Zeit gibt es in einigen Städten Proteste gegen die von Bund und Land wegen der Corona-Krise beschlossenen Maßnahmen. Finden Sie die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen gut oder nicht gut?“

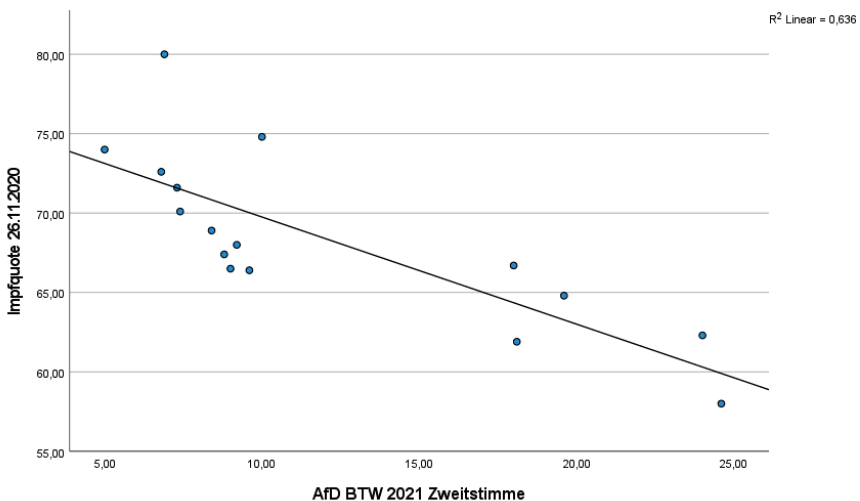
Die länderspezifischen Indexwerte für die Kritik an den Corona-Maßnahmen und das Verschwörungsdenken sind in den Spalten 1 und 2 der *Tabelle 3* wiedergegeben. Man kann ihnen entnehmen, dass Sachsen das Bundesland repräsentiert, in dem die Corona-bezogenen Maßnahmen am negativsten beurteilt werden und das Verschwörungsdenken am weitesten verbreitet ist. Aber deutlich wird ebenfalls: Nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland sind Bundesländer anzutreffen, bei denen die Distanz gegenüber den Corona-Maßnahmen besonders ausgeprägt ist. So weist Baden-Württemberg überproportional hohe Werte auf – Werte, die mitunter höher liegen als in manchen ostdeutschen Bundesländern. Inwiefern anthroposophisch geprägte

lokale Traditionen oder religiöse Eigenheiten dafür mitverantwortlich sind, wie mitunter vermutet (vgl. Frei und Nachtwey 2021), muss hier ungeklärt bleiben.

4. AfD-Affinitäten und Corona-bezogene Einstellungen als Einflussfaktoren auf die Impfquoten der Bundesländer

Die verschiedenen Indikatoren für Verschwörungsdenken, Beurteilung der Corona-Maßnahmen und AfD-Affinitäten stehen, wie zuvor dargelegt, in einem engen Zusammenhang – nicht nur auf der individuellen, sondern ebenso auf der Länderebene: Bundesländer, in denen das Verschwörungsdenken überproportional verbreitet ist, sind überproportional Bundesländer, in denen die Corona-Maßnahmen kritisch beurteilt werden und wo die AfD in der Bundestagswahl 2021 überproportionale Erfolge errang. Wie verhält sich dazu die Corona-Impfquote? Spiegeln sich in ihr – wie vermutet wurde – gesellschaftspolitische und Corona-bezogene Einstellungen wider? Sind niedrige Impfquoten tatsächlich Ausdruck einer überproportionalen Skepsis gegenüber der Virus-Existenz und den staatlichen Maßnahmen? Gehen hohe AfD-Wähleranteile mit einer geringen Impfquote einher?

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen AfD-Wähleranteil in der Bundestagswahl 2021 und Impfquote in den Bundesländern, November 2021 (in %)

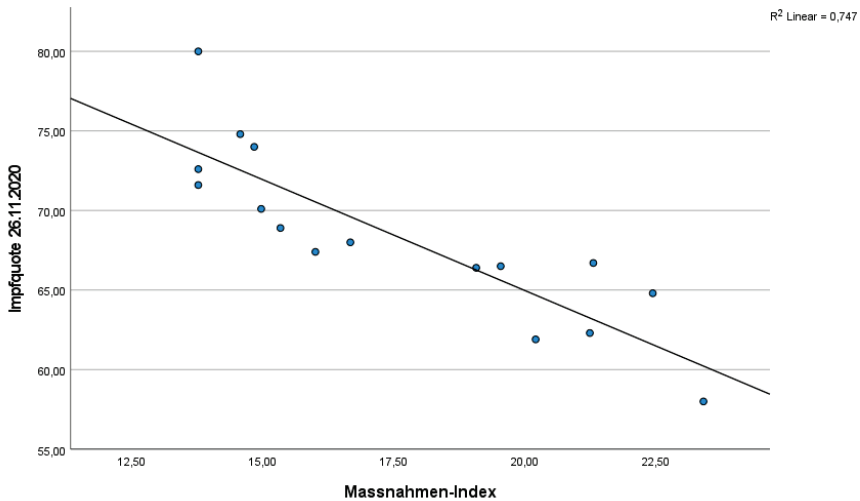


Setzt man den AfD-Stimmenanteil in der Bundestagswahl 2021 mit der Impfquote für die 16 Bundesländer in Beziehung, so zeigt sich, dass beides eng miteinander zusammenhängt. Die Korrelation liegt bei $r = .85$ ($p < 0,001$). Dem Scattergram (Abbildung 1) kann man entnehmen, dass der enge Zusammenhang vor allem eine Funktion der Ost-West-Unterschiede ist: So stehen den westdeut-

schen Bundesländern die ostdeutschen Länder mehr oder minder deutlich als Block gegenüber. Die ostdeutschen Bundesländer sind nicht nur diejenigen, die hohe AfD-Wähleranteile aufweisen, sondern die sich ebenso durch eine besonders niedrige Corona-Impfquote von den westdeutschen Bundesländern abheben. Angesichts der bisher üblichen Impfpraxis in Ostdeutschland ist dies ein ziemlich paradoxer Befund: zeichnete sich Ostdeutschland doch bei anderen Infektionskrankheiten durch eine generell höhere Impfbereitschaft aus als Westdeutschland (Robert Koch-Institut 2009: 169ff., Horstkötter et al. 2021: 91). Offenbar ist mit der Impfung gegen das Corona-Virus ein zusätzliches Element in das Entscheidungskalkül der Ostdeutschen gekommen: ein Element, das bisherige Routinen und Selbstverständlichkeiten durchbricht und ihre überproportionale Impfbereitschaft in das Gegenteil verkehrt. Ob dies etwas mit der Neuheit des Virus und des Impfstoffes zu tun hat oder mit einer in Ostdeutschland besonders ausgeprägten Skepsis und Distanz gegenüber den etablierten staatlichen Institutionen, muss vorerst ungeklärt bleiben.

Inwiefern innerhalb Ostdeutschlands die AfD-Affinitäten Konsequenzen auf die Corona-Impfquote haben, ist eine andere Frage. Betrachtet man die ostdeutschen Bundesländer näher, so lässt sich nur in begrenztem Maß ein Zusammenhang erkennen: Sachsen weist zwar die niedrigste Impfquote und den höchsten AfD-Anteil auf und Mecklenburg-Vorpommern den geringsten AfD-Anteil und die höchste Impfquote, aber die Rangreihen der anderen ostdeutschen Länder stimmen nicht immer miteinander überein. So nimmt hinsichtlich des AfD-Wähleranteils Thüringen z.B. den zweiten Platz ein (*Tabelle 2, Spalte 1*), aber hinsichtlich der Impfquote steht Brandenburg noch schlechter als Thüringen (*Tabelle 1*) – jenes Land also, das neben Mecklenburg-Vorpommern die niedrigsten AfD-Wähleranteile in Ostdeutschland aufweist. Dass die AfD-Wähleranteile nicht notwendigerweise parallel gehen mit den Impfquoten hat sich zudem beim Vergleich der 13 kreisfreien Städte und Landkreise Sachsens gezeigt: Zwar verläuft die Beziehung in die erwartete Richtung, aber sie ist in ihrer Stärke vernachlässigenswert, erreicht auch keine statistische Signifikanz (Reuband 2021b: 210). Dies legt nahe, dass die Impfquote auf der (kleinräumigen) regionalen Ebene nur sehr begrenzt durch den AfD-Wähleranteil bestimmt wird – ob dies eine Folge dessen ist, dass Impfgegner nur in begrenztem Maße AfD-Wähler sind (vgl. Reuband 2022a) oder Folge einer z.T. verbreiteten Praxis, sich in benachbarten Orten und Landkreisen impfen zu lassen (z.B. weil dies am eigenen Wohnort nicht möglich ist und der nächste Ort, wo dies möglich ist, in einem anderen Landkreis liegt), ist eine offene Frage.

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen der Kritik an den Corona-Maßnahmen und Impfquote in den Bundesländern, 2020/21



Wählt man anstelle der AfD-Präferenzen die Corona-bezogenen Einstellungen – die mit dem AfD-Anteil korrelieren, aber damit nicht identisch sind –, vermischt sich auf der Bundesländerebene etwas die Polarisierung in Ost- und Westdeutschland. Und es kommt – wie man der *Abbildung 2* entnehmen kann – eine eher graduelle Differenzierung zum Vorschein, welche die westdeutschen Bundesländer verstärkt einschließt. Wobei gilt: Je kritischer die Einstellungen auf Bundesländerebene sind, desto geringer sind die Impfquoten (im Fall der Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen $r = -.86$, im Fall des Verschwörungsdenkens $r = -.80$; $p < 0,001$). Einen vergleichbaren Zusammenhang dokumentieren regionale Analysen in Sachsen.²³ Und analoge Zusammenhänge belegen Umfragen auf der Individualebene.

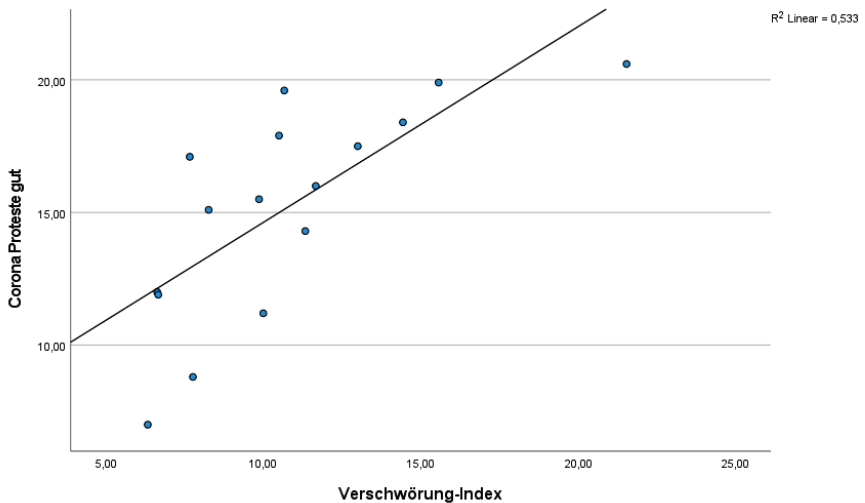
5. Protestbereitschaft und Protestverhalten

Nicht lange nachdem in Reaktion auf die Ausbreitung des Corona-Virus staatliche Maßnahmen ergriffen wurden, die Einschränkungen des Alltagslebens mit sich brachten, setzten die ersten Protestkundgebungen ein. Sie begannen im März 2020 und haben sich seitdem verstetigt. Zunächst kam es oft in zentralen Orten – in größeren Städten wie Berlin oder Stuttgart – zu Kundgebungen (oft in Form einzelner Großkundgebungen), später im Verlauf des Jahres 2021 ereigneten sie sich auch in mittelgroßen Orten – und dann oft mit kleineren Teil-

²³ Analysen, die sich auf die Impfquoten der 13 kreisfreien Städte und Landkreise von Sachsen beziehen, machen dies deutlich (Reuband 2021b).

nehmerzahlen und relativ regelmäßig. Wie man bundesweiten Umfragen entnehmen kann²⁴, werden Corona-Proteste umso häufiger gutgeheißen, je mehr die Corona-Maßnahmen für zu streng oder übertrieben gehalten werden. Unter denen, die sie für „übertrieben“ hielten, fanden im Jahr 2020 63 % der Befragten die Proteste „gut“. Unter denen, die sie „gerade richtig“ fanden, waren es 7 %. Und unter denen, die meinten, die Maßnahmen müssten härter ausfallen, 6 %. Desgleichen lässt sich zeigen, dass unter den Befragten, die sich sorgten, dass „dauerhaft Grundrechte eingeschränkt bleiben“, 50 % die Proteste gut fanden, während es unter denen, die sich darüber keine Sorgen machten, lediglich 9 % waren. Bei denen, die sich sorgten, die Einschränkungen der Grundrechte könnten dauerhaft bleiben *und* zugleich die Maßnahmen für übertrieben hielten, belief sich der Anteil mit Wertschätzung der Proteste gar auf 84 %.

Abbildung 3: Zusammenhang zwischen Verschwörungsdenken und Beurteilung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen als „gut“ in den Bundesländern, 2020 (in %)



Angesichts dieser Befunde würde man erwarten, dass in den Bundesländern, in denen die Corona-Maßnahmen besonders kritisch beurteilt werden und das Verschwörungsdenken weit verbreitet ist, Corona-bezogene Proteste besonders häufig auf Billigung stoßen. Dies ist tatsächlich der Fall. So findet sich in Sachsen, wo beide Sichtweisen überproportional vertreten sind, der größte Anteil von Befragten, welche die Proteste gutheißen.²⁵ Berechnet man die Korrelation

²⁴ Sekundäranalyse des Verfassers des Politbarometers 2020 (GESIS ZA7753). Basis ist der kumulierte Datensatz, der Umfragen aus verschiedenen Monaten umfasst.

²⁵ Vergleicht man die Bundesländer im Anteil der Bürgerinnen und Bürger, welche die Proteste „gut“ finden, erweist sich Sachsen innerhalb des hier betrachteten Zeitraums des Jahres 2020 als das Land mit der höchsten Protestbefürwortung (20,6 %), gefolgt von Sachsen-Anhalt

zwischen dem Index für Kritik an den Corona-Maßnahmen und dem Positivurteil über Corona-Proteste auf Bundesländerebene, kommt man auf einen Wert von $r = .67$ ($p < 0,01$) und für die Korrelation zwischen dem Index für das Verschwörungsdenken und dem Positivurteil über Corona-Proteste auf einen Wert von $r = .73$ ($p < 0,01$) (dazu vgl. auch *Abbildung 3*). Würde man die Impfquote oder den AfD-Stimmenanteil als Ausdruck Corona-spezifischer Kritik zugrunde legen, gäbe es die Beziehung zur Bewertung der Proteste ebenfalls, aber sie wäre – vor allem im Fall der Impfquote – weniger stark ausgeprägt.²⁶ Dass noch andere Faktoren als die Corona-bezogenen Einstellungen und AfD-Affinitäten auf die Impfquote Einfluss nehmen, macht sich offenbar in Form eines geringeren Zusammenhangs mit der der Impfquote bemerkbar.

Wie verhält es sich mit dem Protestgeschehen selbst? Aus den Angaben zur Bewertung der Corona-Proteste lassen sich schlüssige Antworten darauf auf der Bundesländerebene nicht ableiten. Denn ob die Wertschätzung von Protest in Protest-Verhalten umgesetzt wird oder nicht, ist maßgeblich auch eine Folge situationsspezifischer Mobilisierung: abhängig davon, ob es Personen gibt, die zu Demonstrationen aufrufen oder sie organisieren. PEGIDA in Dresden ist dafür ein Beispiel: Die Einstellungen der Dresdner zu Fremden und zu Ausländern unterscheiden sich nicht von denen in westdeutschen Großstädten. Von einer überproportionalen Verbreitung ethnozentrischer Ressentiments kann nicht die Rede sein (Reuband 2020).

Die Zahlen, die für die Beschreibung des Protestgeschehens in den Bundesländern zur Verfügung stehen, sind spärlich. Sie finden sich verstreut und sind in der Regel nicht aufeinander bezogen. So heißt es z.B. zum Demonstrationsgeschehen am Montag den 24. Januar 2022 in ZEIT-Online (2022), knapp 53.000 Menschen hätten nach Polizeiangaben in Sachsen gegen die Corona-Maßnahmen demonstriert. In Bezug auf den gleichen Tag heißt es in einem anderen, später veröffentlichten Bericht an anderer Stelle (u.a. in T-Online 2022), rund 350.000 Menschen hätten bundesweit an Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen teilgenommen. In Relation zu Einwohnerzahl der Bundesrepublik gesetzt wäre die Zahl für Sachsen zweifellos überproportional

(19,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (19,6 %) und Thüringen (18,4 %) (vgl. Spalte 3 in *Tabelle 3*). So sehr sich hier auch eine Rangordnung herauskristallisiert, sollte man diese andererseits nicht überinterpretieren – denn die Unterschiede sind in Prozentpunkten gesehen recht schwach. Man sollte auch die Stellung Sachsens und der Ost-Länder im Gesamtkontext der Bundesländer nicht überbewerten, die Unterschiede selbst zu manchen westdeutschen Bundesländern sind ziemlich gering.

²⁶ Die Korrelation zwischen der AfD-Wahl und der Beurteilung der Corona-Proteste als „gut“ beläuft sich auf Bundesländerebene auf einen Wert von $r = .69$ ($p < 0,01$) – sie ist in der Stärke vergleichbar der Korrelation mit den Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen.

groß.²⁷ Inwieweit sie es freilich auch dann noch wäre, wenn man den Vergleich nicht auf die Bundesrepublik als Ganzes, sondern auf die ostdeutschen Bundesländer beziehen würde, ist eine andere und bislang offene Frage.

Dass sich bei fehlendem Bezug auf die ostdeutschen Bundesländer leicht Fehldeutungen einschleichen können, kann man im Fall ethnozentrischer Ressentiments nachweisen. Was sich auf den ersten Blick als Sachsen-spezifisch darstellt, ist realiter typisch für die neuen Bundesländer (Reuband 2017, 2022b). Weil Sachsen in Ostdeutschland das Bundesland mit der größten Einwohnerzahl ist, muss es – selbst wenn das Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit oder Corona-Skepsis gleich groß wäre wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern – in absolute Zahlen gesehen zwangsläufig ein größeres Vorkommen von fremdenfeindlichen Aktionen oder Corona-Protesten zeigen. Dieser Tatbestand wird in der medialen Wahrnehmung oft übersehen und Sachsen Eigenheiten zugeschrieben, die sich bei näherer Betrachtung als fehlerhaft erwiesen. Was zur Bestimmung überproportionaler Auffälligkeit zählt, ist die jeweilige Personenzahl in *Relation* zur Bevölkerungszahl.

Die einzige bislang unternommene systematische Erfassung der Teilnehmerzahlen an Protesten in der Bundesrepublik, die im Rahmen eines Beitrags in der ZEIT durch Anfragen bei den Innenbehörden bzw. Polizeibehörden der Bundesländer entstand (DIE ZEIT 2022: 17), bezieht sich auf die Kundgebungen, die von Samstag den 18. Dezember bis Montag den 20. Dezember 2021 stattfanden. Hier erwies sich die Zahl der Teilnehmer pro 100.000 der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern als die größte, gefolgt von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Sachsen bildete unter den ostdeutschen Ländern das Schlusslicht – wies gar weniger Kundgebungen relativ zur Bevölkerungszahl auf als das Saarland und unterschied sich praktisch nicht von Bayern.²⁸

²⁷ Der Anteil der Protestteilnehmer aus Sachsen würde einem Anteil von 15 % entsprechen, der Anteil der Sachsen an der Bevölkerung der Bundesrepublik liegt hingegen bei 5 %.

²⁸ Für Sachsen wurde eine Zahl von 408 Teilnehmern pro 100.000 Einwohner errechnet – weniger als die Hälfte als in den anderen ostdeutschen Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern 1.366, Brandenburg 1.114, Sachsen-Anhalt 897, Thüringen 856). Hingegen liegen gegenüber den westdeutschen Flächenländern die Werte in Sachsen nahezu gleich hoch oder höher (Bayern 401, Baden-Württemberg 345, Rheinland-Pfalz 222, Niedersachsen 190, Hessen 159, Nordrhein-Westfalen 140 [DIE ZEIT 2022]). Dass für die Unterschiede in der Rangordnung zwischen dieser und unserer Untersuchung mitverantwortlich ist, dass der Untersuchung der ZEIT ein Zeitraum zwischen Samstag und Montag zugrunde gelegt wurde, während in unserer Untersuchung nur der Montag gewählt wurde, ist unwahrscheinlich. Denn der Montag ist der übliche Demonstrationstag gegen die Corona-Maßnahmen, und die Zahlen der Bundesländer belegen dies auch für den von der ZEIT gewählten Zeitraum. So demonstrierten in Mecklenburg-Vorpommern – dem Bundesland mit der höchsten Teilnehmerquote in der ZEIT-Untersuchung – am Samstag und Sonntag den 18. und 19.12. 2021 mehr als 2.000 Menschen (Süddeutsche Zeitung 2021a) und am Montag den 20. Dezember rund 17.000 (Süddeutsche Zeitung 2021b). Zusammen sind dies rund 19.000 Menschen – umgerechnet auf die Bevölke-

Tabelle 4: Geschätzte Zahl der Teilnehmer an Montags-Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen (ausgewählte Tage im Januar und Februar 2022) nach Bundesland in absoluten Zahlen und in Teilnehmerzahl pro 100.000 Einwohner

	Teilnehmer				Teilnehmer/Einwohner			
	31.01.	07.02.	14.02.	21.02.	31.01.	07.02.	14.02.	21.02.
Schleswig-Holstein	9.100	8.809	7.658	6.050	312,6	302,6	263,1	207,8
Hamburg	760	482	510	318	41,1	26,0	27,5	17,2
Bremen	300	200	190	100	44,1	29,5	27,9	14,7
Niedersachsen	13.400	10.950	11.000	7.350	167,4	136,8	137,4	91,8
Nordrhein-Westfalen	20.630	27.368	24.013	12.752	115,1	152,7	134,0	71,1
Rheinland Pfalz	7.350	8.000	6.500	5.200	179,3	195,2	158,6	126,9
Hessen	15.500	12.200	12.200	7.800	246,3	193,9	193,9	123,9
Saarland	1.000	1.000	800	600	101,6	101,6	81,3	81,3
Baden-Württemberg	50.800	55.900	45.300	33.100	457,5	503,5	408,0	298,1
Bayern	48.000	48.000	51.000	32.500	365,3	365,3	388,1	247,3
Berlin	5.832	4.229	4.099	1.939	158,9	115,4	111,9	52,9
Meckl.-Vorpommern	10.183	9.963	9.100	7.000	632,2	618,5	564,9	434,6
Brandenburg	21.621	18.174	16.123	10.670	854,2	718,0	637,0	421,6
Sachsen-Anhalt	17.500	15.000	13.400	8.700	802,5	687,9	614,5	399,0
Sachsen	50.000	50.600	48.000	39.500	1232,5	1247,2	1183,2	973,6
Thüringen	24.000	23.000	23.000	14.000	1131,9	1084,8	1084,8	660,3

Ergänzende Informationen: Die Teilnehmerzahlen stützen sich auf die Antworten der Landesinnenministerien bzw. der Landespolizeibehörden auf eine Anfrage des Verfassers. Dadurch, dass die Teilnehmerzahlen von mehreren Kundgebungen für das Bundesland aufaddiert werden, ergeben sich oftmals nicht gerundete Zahlen. Da die Zahlen auf groben Schätzungen beruhen, ist es jedoch weithin üblich, die Zahlen gerundet herauszugeben bzw. zu publizieren. In der vorliegenden Übersicht sind beide Varianten, je nach Bundesland unterschiedlich, vertreten. Im Fall von Mecklenburg-Vorpommern haben wir die Zahlen aus einem Verzeichnis der Kundgebungen pro Tag und Ort errechnet. Da an manchen Tagen in die Zahlen ebenfalls die Kundgebungen für die Corona-Maßnahmen eingehen, diese aber in den Listen nicht gesondert ausgewiesen sind, haben wir die Zahl auf der Basis von Informationen über die übliche Zahl an Teilnehmern des Gegenprotests (bzw. Angaben in Zeitungen über die Teilnehmerzahlen des Protests) etwas nach unten korrigiert. Im Fall des Bundeslandes Bremen gehen in die Statistik die Zahlen der Stadt Bremerhaven ein. In der Stadt Bremen fanden sich laut Angabe der Bremer Pressestelle nicht in nennenswertem Maße Teilnehmer zu den Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen ein (beide Städte zusammen bilden das Bundesland Bremen).

Die Befunde dürften in erheblichem Maße eine zeit- oder ereignisbezogene Ausnahmesituation widerspiegeln. Kurz zuvor – im November – war in Sachsen eine neue Corona-Schutzverordnung erlassen worden, welche deutschlandweit die strengsten Regelungen einführte. Dazu gehörte auch, die Zahl der Teilnehmer

runszahl ergibt dies einen Wert, der dem in der ZEIT angenähert ist. Ähnlich die Situation in Brandenburg. Hier nahmen am 18.12. rund 7.200 Personen an den Protesten teil, am 19.12. rund 950 und am 20.12. rund 20.200 (Antwort des Ministerium des Innern von Brandenburg an den Verfasser). Umgerechnet auf 100.000 Einwohner des Bundeslandes kommt man auf eine Zahl von 1.120, ähnlich wie in der ZEIT (2022). Vergleichbare Übereinstimmungen ergeben sich für Sachsen (eigene Berechnungen auf der Basis der vom sächsischen Innenministerium mitgeteilten Teilnehmerzahlen). Für die anderen Bundesländer haben wir keine vergleichbaren Überprüfungen vorgenommen, gehen aber davon aus, dass die Situation dort ähnlich ist.

bei Versammlungen auf 10 Personen zu beschränken (diese Bedingungen wurden erst Anfang Januar 2022 gelockert und nun bis zu 200 Personen erlaubt). Beschränkungen der Teilnehmerzahlen setzten in dieser Zeit ebenfalls in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (sowie anderen Ländern) ein, jedoch in Fragen der zulässigen Personenzahl bei Kundgebungen in einer weniger restriktiven Weise.²⁹ Zudem spricht einiges dafür, dass die Spitzenstellung vom Mecklenburg-Vorpommern am 20. Dezember eine Art Ausnahmesituation darstellt – die Zahl der Teilnehmer war höher als bei Protestveranstaltungen zuvor. So heißt es, dass an diesem Tag mehr als doppelt so viele Menschen wie eine Woche zuvor zu den Kundgebungen gekommen waren – eine Woche zuvor seien es nach Angaben der Polizei 7.000 gewesen, jetzt seien es 17.000 Personen (ZEIT-Online 2021). Und in Bezug auf die Woche zuvor wiederum heißt es, es wären mehr als doppelt so viele wie in der Vorwoche gekommen (ZEIT-Online 2021 b).

Legt man die Teilnehmerzahlen im *Januar/Februar 2022* in Relation zur Bevölkerung zugrunde, so wie wir es für mehrere Montags-Demonstrationen getan haben (vgl. *Tabelle 4*), so ist von einer unterproportionalen Protestbereitschaft in Sachsen im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer nichts (mehr) zu erkennen. Im Gegenteil: Sachsen nimmt deutlich die Spitzenposition unter allen ost- und westdeutschen Bundesländern ein, gefolgt von Thüringen (und dann erst von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt). Die Relationen innerhalb der ostdeutschen Bundesländer haben sich gegenüber denen vom Dezember grundlegend verschoben, ebenso gegenüber den westdeutschen Bundesländern. Unter den westdeutschen Bundesländern zeichnet sich vor allem Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern, als Hotspot des Protestes aus.

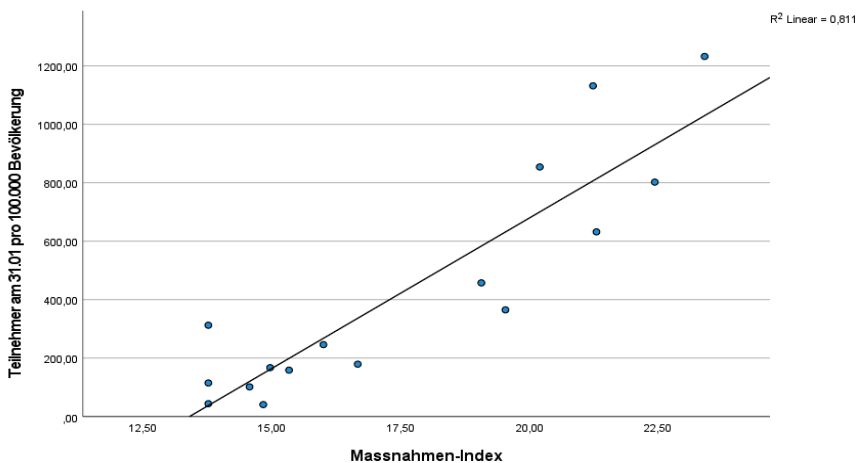
Wie hat sich die Neustrukturierung des Protestgeschehens zwischen Dezember und Januar/Februar vollzogen? Legt man aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht die kompletten Dezember-Zahlen der ZEIT zugrunde, die den Protest zwischen Samstag bis einschl. Montag umfassen, sondern wählt allein den Montag – den üblichen Demonstrationstag – am 20.12.2021 als Berechnungsbasis, kommt man für diesen Dezember-Tag bei Mecklenburg-Vorpommern auf einen Wert von 1.055 Teilnehmer pro 100.000 Bevölkerung, in Brandenburg auf 798

²⁹ In Mecklenburg-Vorpommern wurde in der Corona-Landesverordnung vom 23.11.2021 festgelegt, dass Veranstaltungen mit bis zu 600 Personen im Außenbereich zulässig seien. In Brandenburg wurde in den Änderungen ab dem 15.12.2021 für Versammlungen (Demonstrationen) eine Personenobergrenze im Freien von 1.000 gleichzeitig Teilnehmenden erlaubt. Auch wenn für die Zahl der Teilnehmer in den Ländern Obergrenzen vorgegeben wurden, daran gehalten haben sich die Gegner der Corona-Maßnahmen nicht notwendigerweise. Die Zahl der Teilnehmer wurde oftmals so groß, dass die Polizei überfordert gewesen wäre, hätte sie die Regeln der Corona-Schutzverordnung durchgesetzt. Seitens der Protestierenden wurden die Regeln häufig auch dadurch unterlaufen, dass neue Formen des Protestes gewählt wurden – etwa in Form von „Spaziergängen“ – ohne das Mitführen von Plakaten und öffentliche Ansprachen.

und in Sachsen auf 350.³⁰ Die Zahlen liegen nun etwas niedriger als zuvor, aber die Spitzenstellung von Mecklenburg-Vorpommern im oberen Teilnehmerbereich und von Sachsen im unteren Bereich bleibt (angesichts der zahlenmäßigen Bedeutung der Montagsdemonstrationen) erwartungsgemäß erhalten.

Vergleicht man die Zahlen in einem weiteren Schritt mit denen vom Januar/Februar 2022, so wird bei näherer Betrachtung deutlich, wie sich die Neustrukturierung (die womöglich eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse darstellt) vollzogen hat. Danach hat sich das Protestgeschehen, gemessen an der Zahl der Teilnehmer pro Bevölkerung, in Mecklenburg-Vorpommern deutlich verringert, das in Brandenburg ist leicht und das in Sachsen erheblich gestiegen. Zum Rückgang der Teilnehmerzahlen in Mecklenburg-Vorpommern kam es vermutlich, weil der Tag im Dezember, an dem die Kundgebungen stattfanden – wie zuvor erwähnt –, eine Art „Ausreißer“ nach oben hin aus dem üblichen Protestgeschehen darstellte. Und zum Anstieg der Teilnehmerzahlen in Sachsen kam es vermutlich, weil die Restriktionen bei Demonstrationen gelockert wurden und darüber hinaus – in Sachsen wie anderswo – ganz allgemein das Protestgeschehen angesichts drohender Impfpflichten zunahm.

Abbildung 4 Zusammenhang zwischen der Kritik an den Corona-Maßnahmen und Zahl der Teilnehmer (pro 100.000 Bevölkerung) an den Protesten gegen Corona-Maßnahmen am 31.01.2022 in den Bundesländern

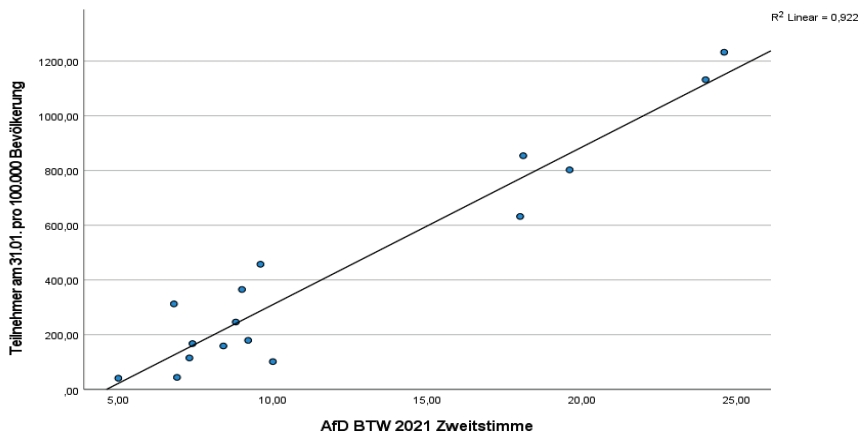


Wie sehr ist der Protest zu den unterschiedlichen Zeitpunkten eingebunden in das Einstellungsprofil, welches Proteste und Teilnehmerzahlen begünstigt?

³⁰ Die Teilnehmerzahlen lagen am 20.12.2021 nach Presseangaben (Süddeutsche Zeitung 2021) für Mecklenburg-Vorpommern bei 17.000 Personen, nach Angaben der Innenministerien/Landespolizeibehörden (Mitteilung an den Verfasser) in Brandenburg bei 20.200 und in Sachsen bei 14.200.

Unternimmt man eine entsprechende Analyse auf Länderebene, so kann man unschwer erkennen: Das Protestgeschehen im Januar/Februar 2022 korreliert stärker als das vom Dezember mit der Beurteilung der Corona-Proteste durch die Bevölkerung, mit der Beurteilung der Corona-Maßnahmen und mit dem Verschwörungsdenken. So korrelieren die Teilnehmerzahlen (pro 100.000 der Bevölkerung) von Januar und Februar 2022 mit der Bewertung des Protests als „gut“ je nach Kundgebung³¹ mit Werten zwischen $r = .61$ ($p < 0,05$) und $r = .73$ ($p < 0,01$), mit der Bewertung der Corona-Maßnahmen zwischen $r = .89$ und $r = .91$ ($p < 0,001$) (vgl. auch *Abbildung 4*) und mit dem Verschwörungsdenken zwischen $r = .77$ und $r = .80$ ($p < 0,001$). Die Teilnehmerzahlen (pro 100.000 der Bevölkerung) auf den Kundgebungen im Dezember 2021 korrelieren hingegen lediglich mit der Bewertung der Corona-Maßnahmen, nicht aber mit der Bewertung von Protest und Verschwörungsdenken.³² Des Weiteren zeigt sich, dass die Teilnehmerzahlen im Januar/Februar 2022 stärker mit dem AfD-Wähleranteil im Zusammenhang stehen als die Teilnehmerzahlen im Dezember 2021: die Korrelationen belaufen sich auf Werte zwischen $r = .95$ und $r = .96$ ($p < 0,001$) (vgl. auch *Abbildung 5*), während sie bei den Kundgebungen im Dezember nur bei $r = .65$ ($p < 0,01$) liegen.

Abbildung 5: Zusammenhang zwischen AfD-Wähleranteil in der Bundestagswahl 2021 und Zahl der Teilnehmer (pro 100.000 Bevölkerung) an den Protesten gegen Corona- Maßnahmen am 31.01.2022 in den Bundesländern



³¹ Einbezogen sind jeweils einzeln die Kundgebungen vom 31.01., 07.02., 14.02. und 21.02. 2022.

³² Korrelation mit dem Index für Corona-Maßnahmen $r = .66$ ($p < 0,01$), hingegen keine statistisch signifikante Korrelation mit dem Verschwörungsdenken und mit der Bewertung von Protest gegen die Corona-Maßnahmen. Der AfD-Stimmenanteil auf Bundesländerebene korreliert mit den Teilnehmerzahlen (pro 100.000 der Bevölkerung) der Kundgebungen in den Monaten Januar/Februar 2022 mit Werten zwischen $r = .95$ und $r = .96$ ($p < 0,001$), mit denen im Dezember 2021 (DIE ZEIT 2022) hingegen nur mit $r = .65$ ($p < 0,01$).

Dies kann man als einen weiteren Hinweis dafür werten, dass die Dezember-Zahlen eine Ausnahmesituation repräsentieren und die Einstellungen, welche Corona-Proteste begünstigen, in Sachsen durch äußere Rahmenbedingungen gehindert wurden, sich in Handeln umzusetzen. Womöglich entfalteten die gesellschafts- und Corona-bezogenen Einstellungen zudem erst ihre volle Wirkung, als die Ankündigung einer allgemeinen Impfpflicht eine zusätzliche Dynamik in die Corona-Debatte brachte.³³ Die Tatsache, dass Sachsen das Bundesland mit der niedrigsten Impfquote darstellt – die Zahl der Impfskeptiker und -gegner hier größer ist als anderswo – könnte dem dortigen Protest einen besonders starken Schub gegeben und zu einer überproportionalen Steigerung der dortigen Teilnehmerzahlen beigetragen haben.

6. Schlussbemerkungen

Die Unterschiede in den Corona-Impfquoten der Bundesländer gehen mit Unterschieden in der Verbreitung von Kritik an den Corona-bezogenen Maßnahmen parallel. Mögen die Unterschiede zwischen den Bundesländern in den Einstellungen zum Teil auch gering sein, so gibt es doch ein Muster, demzufolge die Corona-Impfquoten die Verbreitung von rechtspopulistischen Orientierungen und Verschwörungsdenken in gewissem Umfang widerspiegeln. Dass weitere Einflussfaktoren auf die Impfquoten einwirken – wie Impfkampagnen und Impfstrategien – schließt dies nicht aus. Das Beispiel Bremen legt dies nahe. Erst das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bestimmt letztlich darüber, welche Impfquoten erreicht werden.

Gemessen an der Impfquote sowie den Einstellungen zu Corona und den Corona-bezogenen Maßnahmen nimmt Sachsen nach den hier verfügbaren Umfragen (sie stammen primär aus dem Jahr 2020)³⁴ eine herausgehobene

³³ Von Interesse ist weiterhin der Befund, demzufolge die Einstellung zu den Protesten schwächer mit dem Protestgeschehen korreliert als die Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen und das Verschwörungsdenken. Dies mag zum Teil seine Ursache in der Unterschiedlichkeit der Erhebungszeitpunkte haben: die Daten zur Billigung des Protests sind älter als die zum Protestgeschehen selbst. Somit könnte es sein, dass zu dieser Zeit andere Themen und Akzente mit dem Begriff des Protests gegen die Corona-Maßnahmen seitens der Befragten verknüpft waren (neuere Daten zur Bewertung des Protests standen zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags noch nicht zur Verfügung). Es könnte aber auch sein, dass die Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen und das Verschwörungsdenken letztlich wichtiger für das Protestverhalten sind als die globale Bewertung von Protesten. Was den Zusammenhang mit dem AfD-Wähleranteil angeht, so erweist er sich im kleinräumigen Kontext – wie am Beispiel Sachsens für das Jahr 2020 gezeigt wurde – als schwach bis nicht existent. Dies dürfte nicht zuletzt daraus erwachsen, dass der Ort der Proteste nicht mit dem Wohnsitz der Protestierenden identisch ist. Größere Orte werden als „Bühne“ des Protests bevorzugt, und in den größeren Orten sind die AfD-Stimmenanteile unterproportional groß (vgl. Reuband 2022a: 68, 72).

³⁴ Die forsa- und Politbarometer-Umfragen von 2021 und 2022 standen als Datensatz zur Zeit der Abfassung des Beitrags bei GESIS noch nicht zur Verfügung.

Stellung ein. Die Kritik an den Corona-Maßnahmen und das Verschwörungsdenken sind in Sachsen zwar auf Minderheiten beschränkt, aber sie sind etwas stärker als in anderen Bundesländern verbreitet. Zudem scheint in der Bevölkerung die Zahl derer, welche die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen gutheißen, größer als anderswo zu sein. Dies findet offenbar eine Entsprechung auf der Handlungsebene. So lässt sich im Januar/Februar 2022 – einer Zeit, die über die bestehenden Maßnahmen hinaus durch die Ankündigung einer allgemeinen und einrichtungsbezogenen Impfpflicht³⁵ gekennzeichnet ist – für Sachsen (gefolgt von Thüringen) das größte Protestvolumen, gemessen an den Teilnehmerzahlen in Relation zur Bevölkerungszahl, konstatieren.³⁶

Dass dies in den Vormonaten noch nicht (oder zumindest nicht immer) zutraf – obwohl den Umfragen zufolge sich in Sachsen bereits eine größere Bereitschaft zum Protest als anderswo herausgebildet hatte –, verweist einerseits auf mögliche Effekte der in Sachsen ergriffenen Maßnahmen zur Beschränkung der Teilnehmerzahlen bei Kundgebungen. Und es verweist andererseits auf mögliche, zeitspezifische Mobilisierungseffekte. So bedarf es gewöhnlich einer Themenzuspitzung und entsprechender Mobilisierungsbemühungen von Seiten spezifischer Akteure, ehe sich ein Protestpotential in massenhaften Protest umsetzt. Die Ankündigung einer allgemeinen und einrichtungsbezogenen Impfpflicht, die angesichts der niedrigen Impfquote in Sachsen einen höheren Anteil von Personen als in anderen Bundesländern betrifft, könnte in Kombination mit spezifischen Akteuren³⁷ dem Protest in Sachsen einen besonders starken Schub gegeben haben.

Inwieweit die sukzessive Rücknahme der Corona-Maßnahmen ab Februar 2022 und die Aussicht, dass es zu einer allgemeinen Impfpflicht vielleicht doch nicht kommen wird³⁸, einen Rückgang der Proteste bewirken wird (verstärkt durch das Aufkommen neuer Themen, und Bedrohungen wie den Krieg in der Ukraine), bleibt abzuwarten. Denn der Rückgang der Corona-Inzidenzen ist seit jüngster Zeit einem erneuten Anstieg gewichen und schließt eine (partielle) Wiederkehr

³⁵ Gemeint ist hier das medizinische Personal und das Personal in Pflegeeinrichtungen. Dieses zeichnet sich in Sachsen ebenfalls durch eine besonders niedrige Impfquote aus. Eine Impfpflicht sollte bei ihnen am 16. März eingeführt werden.

³⁶ Eine andere Dimension betrifft die Zahl der Kundgebungen. Sie liegt in Sachsen niedriger als in Baden-Württemberg – bei ungefähr gleicher Teilnehmerzahl insgesamt. Am 31.01.2022 z.B. belief sich die Zahl der Kundgebungen in Sachsen auf 195, in Baden-Württemberg auf 331.

³⁷ Eine herausgehobene Position in der Mobilisierung nehmen in neuerer Zeit die rechtsextremen „Freien Sachsen“ ein (vgl. Kulturbüro Sachsen 2022, Deutschlandfunk 2022). Sie sind für einen großen Teil der angemeldeten, aber auch der unangemeldeten Kundgebungen verantwortlich. Die Aufrufe zu den Kundgebungen erfolgen dabei häufig über den Messenger-Dienst Telegram. In den anderen Bundesländern gibt es u.W. nach keine vergleichbare, flächendeckende Organisation des Protests durch einzelne Akteure.

³⁸ Siehe in diesem Zusammenhang die zurückhaltende Haltung seitens der Politik in Sachsen gegenüber der einrichtungsbezogenen Impfpflicht (MDR 2022a).

von Maßnahmen, die zwischenzeitlich abgeschafft wurden, nicht zwangsläufig aus. Zumindest innerhalb des hier betrachteten Zeitraums, der das Geschehen bis Ende Februar 2022 umfasst, ist ein Rückgang des Protests in nahezu allen Bundesländern unverkennbar: Nicht nur die Zahl der Teilnehmer ist gesunken, sondern – wie weitere Befunde darlegen – ebenfalls die Zahl der Kundgebungen.³⁹ Das Protestgeschehen scheint abzuflauen. Inwieweit es zu anderer Zeit bei gleichen oder anderen Anlässen erneut entfacht werden kann, im Gewand des Corona-Protests oder in anderer Form⁴⁰, muss vorerst ungeklärt bleiben.

Literatur

- Ärzte Zeitung (2022): COVID-19-Impfquote über 100 Prozent: Warum das in Bremen kein Fehler ist, in: Ärzte Zeitung 17.02.2022 (URL: <https://www.aerztezeitung.de/Nachrichten/COVID-19-Impfquote-von-ueber-100-Prozent-Warum-das-in-Bremen-kein-Fehler-ist-426897.html>; Zugriff 11.03.2022)
- Berger, R., S. Poppe und M. Schuh (2016): Zur Problematik der Zählung von Demonstrationsteilnehmern, in: K.-S. Rehberg, F. Kunz und T. Schlinzig, Hrsg., PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und 'Wende'-Enttäuschung? Forschungen, Deutungen und Ausblicke. Bielefeld, S. 113-146
- Berliner Zeitung (2022): Hunderttausende demonstrierten bundesweit gegen die Corona-Politik, 09.02.2022 (URL: <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/fast-300000-demonstrieren-bundesweit-gegen-die-corona-politik-li.210823>; Zugriff 11.03.2022)
- Der Spiegel (2021): Coronavirus in Sachsen. Petra Köpping gibt AfD Mitschuld an niedriger Impfquote, 15.09.2021 (URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-sachsen-impfen-skepsis-100.html>; Zugriff 10.02.2022)
- Deutschlandfunk (2022): „Freie Sachsen“/Rechtsextreme Mobilisierung gegen Corona Maßnahmen, 04.02.2022 (URL: <https://www.deutschlandfunk.de/wer-sind-die-freien-sachsen-100.html>; Zugriff 08.03.2022)

³⁹ In Sachsen z.B. ist die Zahl der Kundgebungen zwischen dem 31.01.2022 und dem 21.02.2022 gesunken von 195 auf 176, in Thüringen von 86 auf 73, in Baden-Württemberg von 331 auf 307, in Nordrhein-Westfalen von 170 auf 136, in Niedersachsen von 169 auf 127 und in Bayern von 140 auf 120 (Mitteilungen der jeweiligen Innenministerien an den Verfasser).

⁴⁰ Einige Autoren meinen, dass es sich in dem Protest gegen Corona bei einem Teil der Teilnehmer um einen Kern von Personen handelt, der ebenfalls bei anderen Themen sich dem Protest gegen die Maßnahmen der Regierung anschließt. Wie groß dieser anzusetzen ist und welchen Dynamiken er unterliegt, ist eine offene Frage. Bemerkenswert ist, dass sich mehrere zentrale Protagonisten der Corona-Kritik im Russland-Ukraine Konflikt auf die Seite Putins geschlagen haben und den Krieg im Kontext der Corona-Krise deuten (Jacob 2022). Damit wird in die Corona-Debatte eine zusätzliche Dimension eingebracht, die neue Issue-Konstellationen und neue Lagerbildungen schaffen könnte.

- DIE ZEIT (2022): Die Demo-Inzidenz, in: ZEIT im Osten, Nr. 3, 15.01.2022, S. 17 (URL: <https://www.zeit.de/2022/03/corona-protest-zwoenitz-einwohner>; Zugriff 02.02.2022)
- forsa (2021): Befragung von nicht geimpften Personen zu den Gründen für die fehlende Inanspruchnahme der Corona-Schutzimpfung. Berlin (URL: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/meldungen/un-geimpfte-wollen-sich-nicht-ueberzeugen-lassen.html>; Zugriff 08.02.2022)
- Frei, N. und O. Nachtwey (2021): Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Basel (URL: <https://boell-bw.de/de/2021/11/19/quellen-des-querdenkertums-eine-politische-soziologie-der-corona-proteste-baden>; Zugriff 08.01.2022)
- Grohe, E.D., W. Hablo, A. Löfgren und A. Ziegler (2022): Kurzstudie zu Impfstatus und Impfbereitschaft im Herbst 2021 (URL: <https://www.uni-kassel.de/fb07/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=4044&token=eb6640e200f506ba1c3b3762b48a4e983dcea0f8>; Zugriff 04.04.2022)
- Horstkötter, B., J. Desrosiers, U. Müller, O. Ommen, B. Reckendrees, L. Seefeld, V. Stader, M. Goecke und M. Dietrich (2021): Einstellungen, Wissen und Verhalten von Erwachsenen und Kindern gegenüber Impfungen – Ergebnisse der Repräsentativbefragung 2020 zum Infektionsschutz. BZgA-Forschungsbericht. Köln (URL: https://www.bzga.de/fileadmin/user_upload/PDF/studien/infektionsschutzstudie_2016--f4f414f596989cf814a77a03d45df8a1.pdf; Zugriff 08.03.2022)
- Hörter, Thomas (2020): Robuste Deutsche? Wie die Bundesbürger die Corona-Krise meistern. Deutsche Bank – GBMR Pressestudien. Frankfurt/M. (URL: https://www.db.com/files/documents/newsroom/Deutsche-Bank-Studie--Wie-die-Bundesbuenger-die-Corona-Krise-meistern.pdf?language_id=3; Zugriff 08.03.2022)
- Ifo Institut und forsa (2020): Erste Ergebnisse des Befragungsteils der BMG-Corona-BUND Studie. München/Berlin (URL: <https://www.ifo.de/DocDL/bmg-corona-bund-studie-erste-ergebnisse.pdf>; Zugriff 08.03.2022)
- Infas (2021): Impfquote und Impfbereitschaft nach Bundesland und Alter. Bonn (URL: https://www.infas.de/fileadmin/user_upload/PDF/infas_Pressemitteilung_Impfbereitschaft_nach_Bundesl%C3%A4ndern_und_Alter_20210818.pdf; Zugriff 08.03.2022)
- Jacob, C. (2022): Das reaktionäre „Bauchgefühl“, in: die tageszeitung, 12./13.03.2022, S. 6
- Klingemann, H.-D. (1971): Politische und soziale Bedingungen der Wählerbewegungen zur NPD. Fallstudie Baden-Württemberg, in: R. Wildenmann,

Hrsg., Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band 2. München/Wien, S. 563-601

- Kulturbüro Sachsen (2022): Moratorium Rechts: Die Freien Sachsen. Dresden (URL: https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2022/02/Monitorium_Freie-Sachsen_12s_220207_WEB.pdf; Zugriff 08.03.2022)
- MDR (2022a): Sachsen wartet mit Umsetzung der Impfpflicht noch ab, 09.02.2022 (URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/impfpflicht-corona-pflege-ab-wann-einfuehrung-100.html>; Zugriff 11.03.2022)
- MDR (2022b): Chemnitzer Infektiologe: Durchseuchung funktioniert nicht, 10.03.2022 (URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/corona-impfung-novavax-gruenewald-100.html>; Zugriff 10.03.2022)
- Reuband, K.-H. (2003): The „allow-forbid“ asymmetry in question wording – A new look at an old problem, in: Bulletin de Méthodologie Sociologique (BMS), Nr. 80, S. 25-36
- Reuband, K.-H. (2017): Pegida, Sachsen und die Fremdenfeindlichkeit. Warum es komplexer und regionalspezifischer Analysen bedarf, in: Forschungsjournal soziale Bewegungen, Heft 1, S. 101-106
- Reuband, K.-H. (2019): Fremdenfeindlichkeit und AfD-Wahlerfolge in Sachsen: Wie sehr spiegeln sich regionale Unterschiede in Sachsen in den Einstellungen zu Ausländern und Muslimen wider?, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 25, S. 13-27
- Reuband, K.-H. (2020): Rechtspopulistischer Protest – eine Folge lokaler politischer Kultur? Dresden als Entstehungs- und Veranstaltungsort der PEGIDA-Kundgebungen, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 26, Heft 2, S. 132-157
- Reuband, K.-H. (2021a): Regionale AfD-Milieus und die Dynamik der Corona-Ausbreitung. Eine Analyse auf der Basis kreisfreier Städte und Landkreise in Sachsen, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 27, Heft 1, S. 1-14
- Reuband, K.-H. (2021b): Der Einfluss politisch-kultureller Orientierungen auf Corona-Inzidenzen und Corona-Impfquoten. Ergebnisse einer Regionalanalyse in Sachsen, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 27, Heft 2, S. 206-214
- Reuband, K.-H. (2022a): Regionale Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Sachsen. Der Stellenwert von AfD-Affinitäten, Verschwörungsdenken und Ortsgröße, in: Zeitschrift für Politik, 69, Heft 1, S. 55-77
- Reuband, K.-H. (2022b): Ethnozentrische Ressentiments in Ostdeutschland – Nimmt Sachsen eine Sonderstellung ein?, in: Forschungsjournal soziale Bewegungen, 35, Heft 1, S. 230-236

- Robert Koch-Institut (2009): 20 Jahre nach dem Fall der Mauer: Wie hat sich die Gesundheit in Deutschland entwickelt? Berlin
- Robert Koch-Institut (2021) Erläuterungen zur Erfassung der COVID-19 Impfquoten. Berlin (URL:https://www.rki.de/DE/Content/Service/Presse/Pressemitteilungen/2021/07_2021.html; Zugriff 08.02.2022)
- Robert Koch-Institut (2022): Digitales Impfquotenmonitoring zur COVID-19 Impfung (URL: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Impfquoten-Tab.html; Zugriff 10.03.2022)
- Spöri, T. und J. Eichhorn (2021a): Wer glaubt an Corona-Verschwörungsmychen? Der Einfluss von Soziodemographie, politischen Einstellungen und Wertehaltungen in Deutschland. Berlin (URL: <https://dpart.org/wp-content/uploads/2021/03/Corona-Verschw%C3%B6rungsmychen-und-Wertevorstellungen-in-Deutschland.pdf>, Zugriff 08.03.2022)
- Spöri, T. und J. Eichhorn (2021b): Wer glaubt (nicht mehr) an Corona-Verschwörungsmychen? Eine Analyse der Verbreitung derartiger Mythen in Deutschland 2020-2021. Berlin (URL: https://dpart.org/wp-content/uploads/2021/11/Wer-glaubt-nicht-mehr-an-Corona-Verschw%C3%B6rungsmychen_final.pdf; Zugriff 08.01.2022)
- Süddeutsche Zeitung (2021a): Mehr als 2000 Menschen protestieren gegen Corona-Maßnahmen, 19.12.2021 (URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-schwerin-mehr-als-2000-menschen-protestieren-gegen-corona-massnahmen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-211218-99-431728>; Zugriff 10.03.2022)
- Süddeutsche Zeitung (2021b): Rund 17.000 Menschen bei Protesten gegen Corona-Maßnahmen, 20.12.2021 (URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-schwerin-rund-17-000-menschen-bei-protesten-gegen-corona-massnahmen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-211220-99-458088>; Zugriff 10.03.2022)
- T-online (2022): 350.000 an diesem Montag. Zahl der Teilnehmer bei Corona-Protesten wächst, 27.01.2022 (URL: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_91556480/350-000-teilnehmer-am-montag-zahl-der-teilnehmer-bei-corona-protesten-waechst.html; Zugriff 08.03.2022)
- Vorländer, H., M. Herold und Cyrill Otteni (2021): Covid-19 in Sachsen. Sozialräumliche und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens. Midem Studie 2021-1 Dresden (URL: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Studie_2021-1_RZ-print.pdf; Zugriff 08.01.2022)

- Wagner, P.M. (1997): NPD-Hochburgen in Baden-Württemberg. Erklärungsfaktoren für die Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in ländlichen Regionen 1972-1994. Berlin
- Wiese, R. (2021): Impferfolg in Bremen, Kein Wunder, in: ZEIT Online, 18.12.2021 (URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-12/bremen-impferfolg-corona-impfquote-deutschland>; Zugriff 02.02.2022)
- Wolter, F., J. Mayerl, H. Andersen, J. Junkermann und T. Wieland (2021): Überschätzung der Impfquote gegen Covid-19 in Bevölkerungsumfragen: Ergebnisse einer experimentellen Methodenstudie. Chemnitz/Konstanz/Mainz (URL: https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/56032/Wolter_2-1s183kdh5iw1n0.pdf?sequence=3; Zugriff 08.03.2022)
- ZEIT-Online (2021a): Rund 7000 Demonstranten gegen Corona-Maßnahmen im Nordosten, 13.12.2021 (URL: <https://www.zeit.de/news/2021-12/13/demo-gegen-corona-massnahmen-2900-menschen-in-rostock>; Zugriff 10.03.2022)
- ZEIT-Online (2021b): Rund 17.000 bei Corona-Protesten in Mecklenburg-Vorpommern 20.12.2021 (URL: <https://www.zeit.de/news/2021-12/13/demo-gegen-corona-massnahmen-2900-menschen-in-rostock>; Zugriff 10.03.2022)
- ZEIT-Online (2022): Mehr als 50.000 Menschen demonstrieren gegen Corona-Regeln, 25.01.2022 (URL: <https://www.zeit.de/news/2022-01/25/mehr-als-50000-menschen-demonstrieren-gegen-corona-regeln>; Zugriff 02.02.2022)